

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Rudi Walther MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß, befürwortet eine Verbesserung der Struktur des Bundeshaushalts: Auch die Ministerialzulage darf nicht tabu sein.

Seite 1/2

Jürgen Egert MdB setzt sich für die Künstler-sozialversicherung ein: Ein exemplarisch sozial-politisches Anliegen.

Seite 3

Axel Wernitz MdB verweist auf Fälle, wo Projekte der inneren Sicherheit blockiert werden: Die Glaubwürdigkeit vor dem Bürger.

Seite 4/5

Rudi Schöffberger MdB fordert lebenslange Freiheitsstrafen für Rauschgifthändler: Auch international.

Seite 6

Egon Lutz MdB kritisiert die Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung: Gemeinsames Risiko der Arbeitslosigkeit.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 236

9. Dezember 1980

Auch die Ministerialzulage darf nicht tabu sein

Die Struktur des Bundeshaushalts muß verbessert werden

Von Rudi Walther MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß

Niemand kann dem Bundesfinanzminister vorwerfen, er habe nicht vor der Bundestagswahl deutlich den sich jetzt abzeichnenden Sparkurs der Bundesregierung angekündigt. Eine durch die öffentliche Diskussion über das Thema "Staatsverschuldung" sensibilisierte breite öffentliche Meinung schien es auch völlig in Ordnung zu finden, daß Sparen einhergehen müsse mit - um Hans Matthöfer zu zitieren - Heulen und Zähneklappern. Jetzt, nachdem mit dem Sparen ernst gemacht wird, ist der Eindruck nicht zu verwischen, daß für allzu viele das Sparen ein hehrer Grundsatz ist, den man so hoch hängen müsse, daß zumindestens man selbst mühelos drunter durch komme. Wer alles vor der Wahl zum Abbau der Staatsverschuldung aufgerufen hat und jetzt, wenn es um seine eigenen Interessen geht, davon nichts mehr wissen will: Das ergibt schon eine schlimme Liste.

Was immer geistige Führung in der Politik sein mag: Die finanzielle Situation aller öffentlichen Hände verlangt, daß alle politischen Kräfte deutlich machen, daß die öffentliche Hand nicht mehr für alles und jedes zuständig sein kann. Ohne politische Verantwortlichkeiten verwischen zu wollen: Es könnte nichts schaden, wenn Bund, Länder und Gemeinden zu einem gemeinsamen Dialog fänden, um die schwierige finanzielle Situation aller öffentlicher Hände in einer gemeinsamen Aktion zu verbessern. Bei nur noch geringen realen Zuwächsen sind neue Aufgaben oder besondere Prioritäten, wie zum Beispiel die Entwicklungshilfe, des Wohnungsbaus oder die Durchsetzung eines massiven Energiesparprogramms, nur zu finanzieren, wenn an anderen Stellen in Besitzstände eingegriffen wird. Deshalb glaube ich auch, daß die bisherigen Sparbeschlüsse der Bundesregierung noch nicht ausreichend sind. Wer meint, wenn es nicht anders gehe, müsse man eben die Netto-Kreditaufnahme erhöhen, macht es sich zu einfach.



Nicht die Höhe des Staatsdefizits allein sagt etwas über dessen Konjunkturwirksamkeit aus, sondern erst die Qualität der Maßnahmen, die mit ihm finanziert werden sollen.

Staatliche Transferleistungen, die bei den Betroffenen auf deren Sparkonten landen, sind beispielsweise alles andere als konjunkturfördernd. Auch deshalb ist der Abbau der staatlichen Sparförderung vernünftig.

Der Finanzminister hat Recht, wenn er dem Abbau des Leistungsbilanzdefizits erste Priorität zumißt und als dessen entscheidende Ursache die Preissteigerung bei Rohölprodukten ansieht. Sein Vorschlag, die Mineralölsteuer zu erhöhen, entbehrt deshalb auch nicht der Logik. Das kann gegenüber den am meisten betroffenen Berufspendlern aber nur dann glaubwürdig vertreten werden, wenn der Staat überall, wo Öl verbraucht wird, solche Zeichen setzt. An solchen Zeichen fehlt es aber noch allenthalben. Der Aus- oder Neubau von Großflughäfen zum Beispiel, der dem größten Ölverschwender "Flugzeug" anzeigt, er dürfe aber mehr als bisher verbrauchen, ist ein völlig falsches Signal. Die Lufthansa als gnadenloser Konkurrent der Bundesbahn im innerdeutschen Verkehr: Das ist energiepolitischer Nonsens. Wir werden in Zukunft überprüfen müssen, ob staatliche Transferleistungen nicht noch strenger als bisher auf die wirtschaftlich Schwächeren und Kinderreichen konzentriert werden müssen. Dazu gehört auch die Überprüfung, ob das Kindergeld weiterhin einkommensunabhängig gewährt werden kann. Auch das Arbeitsförderungsgesetz wird zu überprüfen sein, ob mit staatlichen Mitteln Mißbrauch getrieben wird, beispielsweise zur Finanzierung von Sozialplänen.

Der Abbau der heute völlig ungerechtfertigten Ministerialzulage darf ebensowenig tabu sein wie die Frage, ob bei zukünftigen Besoldungsanpassungen höhere Einkommensgruppen ebenso prozentual steigen dürfen wie die unteren. Schließlich hat doch eine breite Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß sie das Einkommen eines Bundestagsabgeordneten = Besoldungsgruppe A 16 / B 3 für völlig ausreichend hält. Forschungsförderung muß noch mehr als bisher auf Zukunftsinnovationen konzentriert werden. Nicht alles Wünschbare und Schöne muß durch den Staat gefördert werden. Dabei muß auch geprüft werden, ob diejenigen aus dem Unternehmerlager, die sich über staatliche Förderungsmittel beklagen, von der Last solcher Segnungen befreit werden können. Hierzu gehört auch die Prüfung des Abbaues von weiteren Subventionen.

Ich habe auch große Zweifel, ob die viel diskutierte Realsteigerung des Verteidigungshaushalts um drei Prozent zu finanzieren ist. Bei einem realen Null-Wachstum des Bundeshaushalts kann man nämlich sehr schnell hochrechnen, wann der gesamte Bundeshaushalt nur noch für die Finanzierung des Verteidigungsetats zur Verfügung zu stehen hätte. Aufwendige Paradebauten, wie das geplante neue Bundeshaus, können wir uns auf abschbare Zeit ebenso wenig leisten wie große Straßenneubauprogramme.

Diese Liste ist sicherlich unvollständig. Aber sie soll aufzeigen, worauf es der Haushaltspolitik zukünftig ankommen muß. Die Struktur des Bundeshaushalts so zu verändern, daß wieder ein größerer finanzpolitischer Handlungsspielraum gewonnen wird, der es ermöglicht, dringende Zukunftsaufgaben, die zugleich konjunkturfördernd und arbeitsplatzsichernd sind, zu finanzieren, ohne immer sofort in zinsfressende Kreditaufnahmen ausweichen zu müssen. Denn über die Zinsen, das wird allzu oft vergessen, erfolgt in der Zwischenzeit eine riesige Umverteilung vom Steuerzahler, vor allem dem Lohnsteuerzahler, in die Taschen der Geldkapitalbesitzer.

(-/9.12.1980/ks/ca)

+ + +



Ein exemplarisch sozialpolitisches Anliegen

Die Künstlersozialversicherung muß erfolgreich abgeschlossen werden

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Künstlersozialversicherung steht erneut, und zwar unverändert, auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Rund sechs Jahre dauern nun schon die Bemühungen. 1981 sollen sie endgültig und erfolgreich abgeschlossen werden.

Anfangs war es eine Frage der Interessenvertretung aller Kunstschaffenden, den Gedanken einer Künstlersozialversicherung in politisches Bemühen umzusetzen. Dafür ist Dieter Lattmann zu danken, der in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter unverdrossen als beharrliches *ceterum censeo* die Sozialversicherung der Künstler angemahnt hat und von Rückschlägen politisch unbeindruckt das Gesetz vorangetrieben hat. (Dem Schriftsteller Lattmann mag der Rückblick auf so manches Geschehen zu -satirischer? -Literatur gerinnen).

Seit die Künstlersozialversicherung den Achten Deutschen Bundestag beschäftigt hat und von ihm als Gesetz, das dann vom Sackbahnhof Bundesrat blockiert wurde, verabschiedet worden ist, ist dieses Vorhaben aus den Kinderschuhen heraus. Es geht um mehr noch als nur um die soziale Sicherheit der Künstler.

Dies ist vielmehr inzwischen ein exemplarisches sozialpolitisches Anliegen. In einer Zeit, da Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und vermindertes wirtschaftliches Wachstum die politische Hitliste anführen, stellt die sozialliberale Koalition unter Beweis: In der Sozialpolitik gibt es keinen Stillstand. Künstler und Publizisten werden wie Arbeitnehmer in die Sozialversicherung einbezogen.

Sozialdemokraten legen Wert darauf: Die soziale Sicherung ist kein finanzielles Abbruchunternehmen, sondern ausbaubedürftig und ausbaufähig. Dies muß besonders gelten für das Ziel, sozial noch immer ungeicherten oder unzulänglich gesicherten Gruppen in unserer Gesellschaft den Zugang zur sozialen Sicherung zu bieten. Den brauchen auch die Künstler. Das Bild des armen Poeten in der Mansarde, der allein künstlerisch kreativ schaffen könne, paßt nicht in unsere Wirklichkeit. Aber es scheint denjenigen so handlich, die hoffen, erfolgreich auch für Arbeitnehmer die Grenzen des Sozialstaates ausrufen zu können. Denen müssen sich Sozialdemokraten wegen des verpflichtenden "S" in Ihrem Parteinamen auch in schwierigen Zeiten entgegenstellen.

(-/9.12.1980/ks/ca)

+ + +



Es geht um die Glaubwürdigkeit vor dem Bürger

Wichtige Projekte der inneren Sicherheit blockiert

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

In Bund und Ländern war man sich seit Anfang der 70er Jahre grundsätzlich darin einig, daß es zusätzlicher Anstrengungen bedarf, um das "mobile Verbrechen" wirksam und nachhaltig einzudämmen. Die Entwicklung der letzten Jahre im Bereich der inneren Sicherheit hat eindeutig belegt, daß es insbesondere den Schwermkriminellem und Terroristen gelungen ist, sich mit gefälschten Ausweisdokumenten zu tarnen und sich so der Strafverfolgung zu entziehen. Entsprechendes gilt für gestohlene Kraftfahrzeug-Kennzeichen und Kraftfahrzeuge. Jährlich werden etwa 55.000 Kraftfahrzeug-Kennzeichen entwendet. Der Diebstahl dient dem Zweck, die Identifizierung von gestohlenen oder zu kriminellen Handlungen benutzten Kraftfahrzeugen oder deren Haltern zu verhindern.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse machte man sich ans Werk. Durchaus zügig wurden die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung von diebstahl- und fälschungssicheren Kraftfahrzeug-Kennzeichen und des neuen fälschungs- und verfälschungssicheren Personalausweises geschaffen. Wer jedoch geglaubt hatte, daß damit die praktische Umsetzung beider Projekte folge, sah sich bitter getäuscht.

Ein peinliches Hick-Hack begann zunächst beim neuen Kraftfahrzeug-Kennzeichen. Anstelle der ursprünglich anvisierten effektiven "Paketlösung" (fälschungs- und diebstahlsicheres Kraftfahrzeug-Kennzeichen plus fälschungssichere Nummernfolie an der Kraftfahrzeug-Heckscheibe) einigte sich die Innenministerkonferenz (IMK) auf einen "Kompromiß", den man - gemessen an der ursprünglichen Zielsetzung - eher als klägliche Minimallösung bezeichnen muß. Experten schätzen, daß bei dieser vorgeschlagenen "kleinen Lösung" etwa sieben Jahre ins Land gehen würden, bis alle Fahrzeuge die neuen Nummernschilder bekämen. Die zusätzliche Sicherheitsfolie hätte dagegen den Vorteil, daß sämtliche Autos auch noch ohne neues Kennzeichen innerhalb von zwei Jahren damit ausgestattet werden könnten und dies alles ohne unzumutbaren Mehraufwand, wenn man die Folie vom Technischen Überwachungsverein bei der Verkehrssicherheitsprüfung einkleben ließe.



Die bisher negative Haltung der IMK in dieser Frage ist angesichts der früheren berechtigten Forderungen nach effektiven Maßnahmen unverständlich, ihr Kompromißvorschlag halbherzig und die Begründung (zu hoher Verwaltungsaufwand) nicht stichhaltig. Der Innenausschuß des Bundestages hatte deshalb folgerichtig gefordert, daß die IMK ihren Standpunkt nochmals überprüfe und korrigiere. Das Bundesinnenministerium wurde gebeten, in diesem Sinne gegenüber der IMK tätig zu werden. Bis heute haben sich keine ernsthaften Fortschritte in der Sache selbst gezeigt!

Nicht viel besser steht es um das Schicksal des zweiten Vorhabens zur Verbesserung der inneren Sicherheit: Der Einführung des fälschungssicheren Personalausweises. Entsprechend dem beschlossenen Gesetz zur Einführung des neuen Personalausweises sollte dieser am 1. Oktober 1981 eingeführt werden. Nach der letzten Konferenz der Innenminister vom 28. November 1980 in Berlin mußte die staunende Öffentlichkeit erfahren, daß man sich nicht auf die zügige Einführung des neuen Ausweises einigen konnte. Im Vordergrund steht nicht die hier von niemandem bestrittene dringende notwendige Verbesserung der inneren Sicherheit, sondern der Streit um die Kosten für fälschungssichere Personalpapiere. Verbesserung der inneren Sicherheit ja, aber der Bund soll zahlen. Ende Januar 1981 soll laut Beschluß der IMK die leidige Kostenteilungsfrage mit dem Bundesinnenministerium geklärt werden. Wie es dann weitergehen soll - ob es "nur" zu weiteren Verzögerungen kommt oder ob das Projekt ganz scheitert - liegt völlig im Dunkeln. Keine sehr hoffnungsvolle Perspektive.

Das bisherige Schicksal beider Projekte gibt Anlaß zu großer Besorgnis. Die Art und Weise, wie hier im Gegensatz zu ursprünglichen Einsichten, öffentlichen Bekundungen und Absichtserklärungen vorgegangen wurde, ist ein Skandal. Was jetzt nützt, ist entschlossenes und glaubwürdiges Handeln aller politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern. Es geht um die Glaubwürdigkeit vor dem Bürger auf zwei wichtigen Feldern der inneren Sicherheit.

(-/9.12.1980/ks/ca)

+ + +



Auch international

Lebenslange Freiheitsstrafe für Rauschgifthändler

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Nach dem geltenden Betäubungsmittelgesetz beträgt die Höchstfreiheitsstrafe für Rauschgiftdelikte zehn Jahre. Das reicht für jene Schwerverbrecher, die den internationalen Rauschgifthandel in großem Stil organisieren und beispielsweise kilo- und gar zentnerweise Heroin in die Bundesrepublik schaffen, bei weitem nicht aus. Immer wieder klagen Richter und Staatsanwälte über das Versäumnis des Gesetzgebers, härtere Strafen anzudrohen.

Bereits in der letzten Legislaturperiode hatte der Bundestag eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes beschlossen und unter anderem die Höchststrafe auf 15 Jahre festgesetzt. Am kommenden Donnerstag befaßt sich der Bundestag in erster Lesung erneut mit der Reform.

Es ist daher Zeit, die Frage der Höchststrafe wieder aufzugreifen. Künftig sollten drei Tätergruppen unterschieden werden:

- der süchtige Endverbraucher, für den Heilung statt Strafe gefordert wird,
- der teilweise auch süchtige Dealer und der dilettantische Kleinimporteur, für die der bisherige Strafrahmen oder eine Androhung von 15 Jahren Freiheitsstrafe ausreichen,
- schließlich der skrupellose Großimporteur, der mit den von ihm eingeführten Mengen zwangsläufig den Tod von Hunderten von Menschen und das Siechtum von Hunderttausenden verschuldet. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum diese Schwerverbrecher anders behandelt werden sollen denn als gemeine Mörder.

Die einzige angemessene Kriminalstrafe für diese Verbrecher ist die lebenslange Freiheitsstrafe, wie sie bereits schon vom Rechtsausschuß des Bundestages vorgeschlagen worden ist. Die Bundesrepublik sollte diese Strafdrohung nicht nur in ihr Strafgesetzbuch schreiben, sondern auch international für diese Höchststrafe in allen Ländern eintreten. Dieser Vorschlag wird die Problematik sicher nicht abschließend regeln, weil die abschreckende Wirkung einer Höchststrafandrohung immer problematisch ist. Dennoch wird die lebenslange Freiheitsstrafe ein Beitrag zur wirksamen Rauschgiftbekämpfung sein.

(-/9.12.1980/vo-he/ca)



Gemeinsame Finanzierung des Risikos Arbeitslosigkeit

Kürzung des Bundeszuschusses muß einmaliger Vorgang bleiben

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Dieser Tage hat der Verband deutscher Rentenversicherungsträger (VdR) in Bad Kreuznach heftig gegen die Absicht der Bundesregierung protestiert, 1981 den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung um 3,5 Milliarden DM zu kürzen. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr klagte, den Rentnern und Beitragszahlern würden mit Verzichten und Mehranforderungen Beträge abverlangt, mit denen der Bund andere Haushaltslöcher stopfe. Es wäre falsch, würde man diese Kritik einfach zurückweisen. Sozialdemokraten steht es gut an, die Mahnung des VdR ernst zu nehmen und das Gespräch darüber zu beginnen. Denn die Kritik ist zu einem guten Teil berechtigt. In der Tat wird der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung ja nur deshalb gekürzt, weil die Koalitionsparteien in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit keine einvernehmliche Regelung mit einer dauerhaften Behebung des Finanzierungsdefizits in der Arbeitslosenversicherung gefunden haben. Deshalb ist der einmalige Transfer von 3,5 Milliarden DM zu Lasten der Rentenversicherung ein Notbehelf, mehr nicht.

Er ist, auch da kann man den Kritikern zupflichten, zudem nicht ohne Tücken. Zwar haben sich Kassen der Rentenversicherung wieder erholt, die Rücklage ist auf 2,1 Monatsausgaben angestiegen, aber das bietet noch lange keinen Spielraum für einschneidende finanzielle Experimente. Denn die wirtschaftliche Situation kann auch die Rentenversicherung in Mitleidenschaft ziehen. Zwar ist sie weitgehend von den Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt dadurch befreit worden, daß die Bundesanstalt für Arbeit für jeden Arbeitslosen Beiträge zur Rentenversicherung abzuführen hat, aber schon eine restriktive Tariflohnentwicklung kann die Versicherer ins Schlingern bringen. Und es ist zudem auch nicht auszuschließen, daß bei einer anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche die Zahl jener Arbeitnehmer wieder sprunghaft ansteigt, die per Sozialplan vorzeitig in den Betrieben ausgemustert und der Rentenversicherung anheimgegeben werden. Beides, und dazu noch die erfreuliche Entwicklung einer Verlängerung des Lebensalters der Bundesbürger, wirft Probleme auf, die einen äußerst behutsamen Umgang mit den Finanzen der Rentenversicherung ratsam erscheinen lassen.

Auch die Tatsache, daß die ab 1. Januar kommenden Jahres wirksam werdende Beitragserhöhung um ein halbes Prozent 3,2 Milliarden DM mehr in die Kassen der BfA und der Landes-



versicherungsanstalten spülen wird, ändert an den hier gezeigten Bedenken nichts. Eine Verbesserung der Finanzpolster war erklärte Absicht des Deutschen Bundestages, als er die Beitragserhöhung gesetzlich festlegte. Und an dieser Verbesserung muß jedem gelegen sein, der sich daran erinnert, daß mit der Rentenreform 1984 große Aufgaben auf die Rentenversicherung zukommen, die sich nur auf gesichertem finanziellen Fundament bewältigen lassen. Es ist nicht unbedenklich, wenn der Griff des Finanzministers in die Kassen der Rentenversicherung hier ein Stück Unsicherheit, und sei es nur für ein Jahr, schafft.

Wahrscheinlich wird sich die Kritik des VdR, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände dann in Grenzen halten, wenn der Finanzminister bei Vorlage des Haushaltes 1981 noch einmal in aller Form deutlich macht, daß der Transfer einmalig sein wird und im Haushalt 1982 nicht mehr vorkommen wird. Matthöfer könnte dann das kommende Jahr dazu nutzen, eine dauerhafte Lösung des Haushaltsdefizits in der Arbeitslosenversicherung zu finden. Seit Jahren weisen die Sozialdemokraten dem Minister dafür einen gangbaren Weg. Ausgehend von der Tatsache, daß Arbeitslosigkeit kein versicherbares Risiko sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, fordern sie, daß alle Erwerbstätigen, nicht nur die Arbeiter und Angestellten, an einer angemessenen Finanzierung des Risikos Arbeitslosigkeit beteiligt werden. Würden in den Ministerien die Beamtenheere ihre Phantasie weniger darauf verschwenden, in immer neuen Papieren zu beweisen zu versuchen, daß eine gleichmäßige Lastenverteilung über eine Arbeitsmarktabgabe nicht ginge, sondern statt dessen nach einer verfassungskonformen Ausgestaltung einer solchen Abgabe suchten, wären wir alle miteinander schon einen beträchtlichen Schritt weiter. Was bisher nicht gelang, könnte ja in den nächsten Monaten Wirklichkeit werden, wenn sich der Bund selbst in die Pflicht nimmt. Das müßte um so eher möglich sein, als in der Öffentlichkeit die Einsicht in ein solidarisches Finanzierungskonzept beträchtlich gewachsen ist. Viele Beamte zeigen heute schon Verständnis, bei den Selbständigen und Landwirten dagegen wird man wohl noch einige Überzeugungsarbeit leisten müssen. Das Unbefriedigendste jedenfalls wäre es, wenn Matthöfer dem Sündenfall des kommenden Jahres weitere folgen lassen möchte. Diese Form des Vor-Sich-Herschlebens eines Problems führt unausweichlich in eine Sackgasse und untergräbt zudem das Vertrauen der Rentner in die Verlässlichkeit und Stetigkeit der Finanzpolitik der Bundesregierung. (-/9.12.1980/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

